Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.
Das „Schwedter Tageblatt" erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.

Postscheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schultz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schultz in Schwedt a. O.

Nummer 148 — **Freitag, den 27. Juni 1930** — **37. Jahrgang**

Der neue Leiter der Reichsfinanzen

Dietrich Reichsfinanzminister.

Trendelenburg mit der Führung des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen Wirtschaftsminister Dietrich zum Reichsfinanzminister ernannt und den Staatssekretär Trendelenburg mit der Führung der Geschäfte des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

Demokratische Fraktion zu Dietrichs Ernennung.

Die demokratische Reichstagsfraktion hatte eine Besprechung mit dem Vorstand des Reichsbeamtenausschusses der Demokratischen Partei. Zur Frage der Deckung des Finanzfehlbetrages erklärten der Parteivorsitzende Abg. Koch-Weser und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Abg. Meyer-Berlin, die Fraktion halte an ihrer Verweigerung einer „einseitigen Belastung der Beamtenschaft" fest. Reichswirtschaftsminister Dietrich habe das Amt des Reichsfinanzministers auf eigene Verantwortung auf sich genommen. Es herrsche zwischen dem Minister und der Fraktion Übereinstimmung in der Auffassung, daß eine Bindung der Fraktion zu seinen Vorschlägen nicht bestehe und daß die Fraktion damit freie Hand habe.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Die Entwirrung der Sanierungskrise.

Reichskanzler Dr. Brüning hat sich, wie beabsichtigt, nach Neudeck begeben, um dem Reichspräsidenten dort einen Vortrag über die politisch-parlamentarische Lage zu halten. Gleichzeitig wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten vorschlagen, den jetzigen Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich zum Reichsfinanzminister zu ernennen. Die Rückkehr des Reichskanzlers wird für Freitag erwartet. Das Reichskabinett wird dann nochmals zusammentreten, um die neuen Deckungsvorlagen zu verabschieden und sie sofort dem Reichsrat zur Beratung zuzuleiten.

Wie die neuen Finanzgesetze aussehen werden, darüber wird von der Regierung das strengste Stillschweigen gewahrt. Doch wird die Öffentlichkeit bald Authentisches darüber erfahren, da kurz nach der Verabschiedung der Deckungsvorlagen durch die Reichsregierung die neuen Steuergesetze veröffentlicht werden sollen. Die Regierung hat noch immer die Hoffnung, ihre neuen Sanierungsmaßnahmen auf streng parlamentarischem Wege verabschieden zu können. In Reichstagskreisen war man am Donnerstag tatsächlich erheblich optimistischer als an den Vortagen, daß die seit Wochen bestehende Sanierungskrise überwunden werden könnte, ohne daß die Regierung zu besonders drastischen Maßnahmen, also etwa der Anwendung des Artikels 48, schreiten müßte. Dieser Stimmungsumschwung soll darauf zurückzuführen sein, daß in einer Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Curtius und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, nach Wegen gesucht wurde, die es der Deutschen Volkspartei ermöglichen, eventuell weiter in der Regierung mitzuarbeiten.

Die Verhältnisse im Reichstag werden sich erst etwas entwirren, wenn der Reichskanzler wieder in Berlin eingetroffen sein wird und die Ergebnisse seiner Besprechung mit dem Reichspräsidenten vorliegen.

Die Trikolore sinkt.

Die Räumung des Rheinlandes vor dem Abschluß.

Von dem östlichen Pfeiler der Rheinbrücke Kehl—Straßburg wurde der gallische Hahn, der seinerzeit vom Verein Pariser Presse gestiftet worden war, entfernt. Die meisten Militärangehörigen haben die Stadt Kehl verlassen. Die Schilder, die auf die Besetzung hindeuteten, sind verschwunden. Eine Kommission hat

die Sprengungsarbeiten

an den früheren Kehler Forts besichtigt, das Abnahmeprotokoll wurde jedoch noch nicht unterzeichnet. Das noch in Kehl liegende Bataillon des 170. Infanterieregiments wird Kehl am Sonnabend vormittag verlassen. In Mainz wurden das französische Militärgericht und das französische Militärgefängnis, das

unter dem Namen „Vater Hofmann" bekannt

ist, den deutschen Behörden übergeben. Damit ist das französische Gericht in Mainz aufgelöst. Die noch schwebenden Verfahren gegen französische Soldaten werden in Frankreich zu Ende geführt, verschiedene Verfahren gegen deutsche Angeklagte wurden eingestellt. Das Offiziers- und das Unteroffizierskasino wurden geschlossen. Das französische Bedienungspersonal hat die Stadt verlassen. Die französischen Offiziere und Unteroffiziere müssen sich auf eigene Rechnung in den Gasthäusern verpflegen.

Mit dem letzten französischen Zug

am 30. Juni, 1.20 Uhr, werden General Guillaumat und die letzten in Mainz weilenden französischen Soldaten die Stadt verlassen. Der Kommandant der französischen Besatzung in Trier stattete dem Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister Abschiedsbesuche ab. Die beiden letzten französischen Infanterieregimenter sind abbefördert worden.

Die Trikolore

auf dem neuen Regierungsgebäude, in dem das französische Hauptquartier untergebracht war, ist eingeholt worden.

Die Pfalz als Vorbild.

Befreiungskundgebung des Bayerischen Landtages.

Der Bayerische Landtag gedachte der bevorstehenden Befreiung der Pfalz. Präsident Stang hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wenn man am 30. Juni unsere geliebte Pfalz als ein freies dem Deutschen Reiche verbundenes Gebiet sieht, dann ist das die Frucht nicht etwa eines bramarbasierenden und geräuschvollen politischen Auftretens, sondern es ist die Frucht eines unbeugsamen, zähen Willens, eines aufrechten Bekennermutes. Möge dieses Beispiel der Pfalz auch vorbildlich sein für die vaterländische Politik, die wir in den bisher unbesetzten Gebietsteilen des deutschen Vaterlandes zu treiben haben.

Unbezahlte Wiederaufbauarbeit in Frankreich?

Die ehemaligen Kriegsgefangenen beschweren sich.

Im Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen wurden Kriegsgefangenenfragen behandelt. Den Verhandlungen lagen Eingaben der Organisation ehemaliger Kriegsgefangener zugrunde, in denen behauptet wird, daß die Kriegsgefangenen während des Waffenstillstandes von Frankreich zu Wiederaufbauarbeiten herangezogen worden seien, daß sie aber für diese Arbeit keine Bezahlung erhalten hätten. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums trat der Behauptung entgegen, daß die Gefangenen mit Zustimmung oder gar auf Veranlassung der Reichsregierung zu Wiederaufbauarbeiten verwendet worden seien. Im übrigen wurde diese Frage zurückgestellt, bis ein neuer Finanzminister im Amte ist.

Wünsche zur Außenpolitik.

Berlin, 26. Juni.

Die von den Regierungsparteien beantragte Verlängerung des Nothaushalts bis Ende Juli wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt. Das Haus setzte dann die zweite Beratung des

Haushalts des Auswärtigen Amtes

fort. Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D. Vp.) erklärte, es sei mit Recht die Frage aufgeworfen worden, in welchem Maße man im Auswärtigen Amt Ersparnisse durchführen könne. Man dürfe aber nicht vergessen, daß das Auswärtige Amt nach 1918 ein Experimentierfeld für alle möglichen Dinge war. Die Lage Deutschlands sei auch grundsätzlich verschieden gegenüber der anderer Länder. Die anderen besitzen, während wir aufbauen wollen. Deshalb hinke jeder Vergleich, wenn man nur die nackten Zahlen nennt. Zu dem Paneuropamemorandum Briands werde man eine abwartende Stellung einnehmen und jede Bindung hinsichtlich der Errichtung neuer paneuropäischer Behörden ablehnen müssen. Ungeheuer wichtig sei

das Verhältnis zu Polen.

Wir haben das Opfer gebracht, das deutsch-polnische Liquidationsabkommen zu ratifizieren. Wir haben aber noch nicht gehört, daß Polen diesen wichtigen Vertrag ratifiziert hat. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag sind wir positiv eingestellt, behalten uns aber die Stellungnahme im einzelnen vor. Die Grenzzwischenfälle haben die stärkste Empörung gegen die polnischen Methoden hervorgerufen. Die ernsteste Aufmerksamkeit muß das System erregen, mit dem Polen seinen Kriegs- und Handelshafen Gdingen künstlich fördert und Danzig wirtschaftlich abschnürt, um es ganz unter polnischen Einfluß zu bringen.

Abg. Schneller (Komm.) warf der deutschen Außenpolitik vor, daß sie weiter fortfahre, Deutschland in die antirussische Front einzugliedern.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) erklärte, die Liquidation des Krieges sei ein Bedürfnis auch für die übrigen Mächte, die ebenso wie Deutschland unter der Weltwirtschaftskrise und der ungeheuren Arbeitslosigkeit leiden. Der Briandsche Paneuropaplan erhalte aber eine eigenartige Beleuchtung durch die Tatsache, daß

Frankreich in der letzten Zeit fünf Millionen Frank für Befestigungen

außeretatsmäßig ausgegeben habe. Es könne auch nicht angehen, daß unter falscher Auslegung des Mandatsbegriffs die ehemaligen deutschen Kolonien einfach vom britischen Imperium verschluckt würden.

Abg. Dr. Hötzsch (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) wandte sich gegen den Vergleich des deutschen auswärtigen Haushalts mit denen anderer Länder und betonte, daß klare Vergleiche schlechterdings unmöglich seien, da die Verhältnisse in den einzelnen Staaten sehr verschieden seien. Den Schlußbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert habe er als schulmeisterlich empfunden, wenn er auch den größten Teil seiner Kritik als berechtigt anerkenne. Mit der Rheinlandräumung sei unsere Freiheit und Gleichberechtigung nicht erreicht. Gegen

die entmilitarisierte Zone

würde er nichts einwenden, wenn sie sich auch nach der französischen Seite hin auf 50 Kilometer erstrecken würde. Bei der Besprechung des Briandschen Memorandums führte der Redner aus, daß Deutschland bereit sei zur Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Mächten, aber die Teilnahme an einer Gruppierung ablehne, die sich gegen außereuropäische Mächte richte. Die vielen deutsch-polnischen Grenzzwischenfälle wären kleine Explosionen eines überreizten polnischen Nationalismus aus dem Gefühl innerer Unsicherheit heraus. Es müsse unter den heutigen Verhältnissen und ohne daß Deutschland seinen Anspruch auf eine

friedliche Grenzrevision im Osten

aufgebe, ein modus vivendi zwischen Deutschland und Polen gefunden werden.

Abg. Dr. Emminger (B. Vp.) betonte, daß der Friede in Europa nur durch die Abrüstung gesichert werden könne. Unsere bisherige Handelsvertragspolitik müsse einer Generalmusterung unterzogen werden.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) erklärte, daß es Volksverrat wäre, von einer Befreiung des Rheinlandes zu sprechen. Tatsächlich wäre das Rheinland internationalisiert. Er lehne jede deutsch-französische Freundschaftspolitik ab.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) wies darauf hin, daß im Auswärtigen Amt eine ernste Sanierungsarbeit im Gange sei. Zu dem Briandschen Memorandum meinte der Redner, daß der Leitgedanke des Briandschen Vorschlages die unbedingte Gleichberechtigung der Völker sei, daß aber eine einseitig entmilitarisierte Rheinlandzone und ein Verbot des Zusammenschlusses von Österreich und Deutschland mit diesem Gedanken nicht zusammenpassen.

Reichsminister Dr. Curtius

versicherte zur Frage des deutsch-polnischen Problems, daß er nicht nachlassen werde, sich für die Deutschen jenseits der Ostgrenze mit allen Kräften einzusetzen. Er bedauere, daß der Polnische Staat das deutsch-polnische Liquidationsabkommen bis heute noch nicht ratifiziert habe. Innenpolitische Verhältnisse seien daran schuld, wenn Polen diese völkerrechtliche Pflicht noch nicht erfüllt habe. Unser Warschauer Gesandte sei angewiesen worden, auf die schleunige Ratifizierung des Liquidationsabkommens und dann auch auf die des polnischen Handelsvertrages hinzuwirken. Dr. Curtius führte dann weiter aus, daß Deutschland den

Anspruch auf koloniale Betätigung

auf die Erfolge seiner früheren Kolonialpolitik stützen könne. Wenn England das Mandatsgebiet des früheren Deutsch-Ostafrikas praktisch mit den benachbarten britischen Gebieten vereinige, so wäre das mit der Selbständigkeit des Mandatsgebiets unvereinbar. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Kritik des Abg. von Freytagh-Loringhoven an der Ausgabenwirtschaft und suchte zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Vergleiche des deutschnationalen Kritikers auf falschen Voraussetzungen beruhten. Wenn der Abgeordnete seinen Mißtrauensantrag damit begründe, daß im Auswärtigen Amt eine finanzielle Mißwirtschaft herrsche, so liege darin eine solche Schädigung des Ansehens der deutschen Außenpolitik, daß man mindestens eine stichhaltige Begründung für einen solchen Vorwurf hätte erwarten müssen.

Abg. Frau Sender (Soz.) meinte, wenn der Briandsche Plan die Wünsche nach europäischer Zusammenarbeit nicht erfülle, so müsse es die Aufgabe der deutschen Staatsmänner sein, ihn zu verbessern.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.) bezeichnete eine Gesundung der Wirtschaft als die Grundlage für jede starke Außenpolitik.

Abg. von Freytagh-Loringhoven (Dtn.) hielt gegenüber den Ausführungen des Außenministers seine Angaben über die verschwenderische Wirtschaft des Auswärtigen Amtes aufrecht.

Abg. Stubbendorf (Dtn.) wandte sich gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag, der die deutsche Landwirtschaft wieder einmal bitter enttäusche.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Die Rheinlandkundgebung des Preußischen Landtags.

Berlin, 26. Juni.

Der Ältestenrat des Preußischen Landtages trat vor Beginn der Vollsitzung zusammen, um sich mit der Frage zu befassen, ob aus Anlaß der Räumung des besetzten Gebietes in der Vollsitzung des Landtages